

## Antrag 2024/II/Wi/Steu/2

### Distrikt Ottensen

#### **Reform des KfW-Studienkreditprogramms mit dem Ziel des Abbaus von unverhältnismäßigen Risiken und Belastungen der Studierenden**

1 Der Senat wird aufgefordert, sich gegenüber Bundesregierung und Bundesrat für eine kriti-  
2 sche Überprüfung des KfW-Studienkreditprogramms und notwendige Reformen zum Schutz  
3 der Studierenden einzusetzen. Es ist dringend erforderlich, dass Maßnahmen ergriffen werden,  
4 um die übermäßig hohen Zinssätze und Nebenkosten zu senken und das Programm sicherer,  
5 transparenter und sozial gerechter zu gestalten. Langfristig muss das Ziel eine elternunabhän-  
6 gige Studienfinanzierung sein, die den Zugang zu Bildung für alle gewährleistet.

#### **7 Begründung**

8 Die SPD setzt sich seit Jahrzehnten für die Unterstützung von Auszubildenden und Studieren-  
9 den ein. So treibt die SPD u.a. seit der Einführung des Bundesausbildungs-förderungsgesetzes  
10 (BAföG) unter der Regierung von Willy Brandt 1971 kontinuierlich die Verbesserung von Bil-  
11 dungsförderungsmöglichkeiten u.a. mit dem Ziel voran, allen Studierenden gleiche Chancen  
12 zu ermöglichen, um ihre akademischen und Ziele zu erreichen und ihr Studium erfolgreich ab-  
13 zuschließen. Umso wichtiger ist es, gerade in den Fällen alternative Finanzierungsmodelle an-  
14 zubieten, bei denen BAföG-Leistungen aus verschiedenen Gründen nicht gewährt oder nicht in  
15 ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden können. In solchen Fällen sind Studierende  
16 auf andere finanzielle Unterstützung angewiesen, um ihre Studien- und Lebenshaltungskosten  
17 decken zu können. Zu den alternativen Finanzierungsmöglichkeiten zählen Studienkredite und  
18 Stipendien. Das KfW-Studienkreditprogramm wurde 2006 als Unterstützung für Studierende  
19 eingeführt, die weder Sicherheiten vorweisen noch andere Finanzierungsmöglichkeiten wie  
20 BAföG nutzen können. Es sollte auch heute dem Zweck eines übergreifenden Unterstützungs-  
21 instruments dienen. Allerdings stellt das KfW-Studienkreditprogramm mittlerweile einen fi-  
22 nanziellen Risikofaktor für Studierende dar. Die hohen variablen Zinssätze sowie die Kopplung  
23 an den Kapitalmarkt belasten viele Studierende unverhältnismäßig stark und führen zu einer  
24 übermäßigen Verschuldung. Eine kritische Überprüfung des Systems ist dringend notwendig,  
25 um sicherzustellen, dass es seinem ursprünglichen Ziel – der Unterstützung von Studierenden  
26 – gerecht wird.

27 Kritikpunkte: 1. Intransparente Bearbeitungs- und Risikomargen sowie Zinsrisiken: Der KfW-  
28 Studienkredit ist an den 6-Monats-EURIBOR gekoppelt, der starken Schwankungen unterliegt.  
29 Die KfW schlägt auf diesen zusätzlich Verwaltungskosten und eine Risikomarge von über vier  
30 Prozentpunkten (!) auf. Dies führt zu Zinssätzen, die für Studierende kaum kalkulierbar, oft  
31 unberechenbar und häufig nicht tragbar sind. Besonders alarmierend ist die Entwicklung der  
32 letzten Jahre: Während der Zinssatz 2021 bei 3,76 % lag, stieg er 2023 auf über 9 % an, bevor  
33 er zuletzt auf 6,85 % (Stand: 01.10.2024) gesenkt wurde. Diese Schwankungen und die schwer  
34 nachvollziehbaren Zusatzkosten setzen Studierende einem erheblichen finanziellen Risiko aus.

35 Es ist nicht nachvollziehbar, warum gerade an Studierenden durch hohe Verwaltungs- und Risi-  
36 koaufschläge Geld verdient werden soll. 2. Fehlendes staatliches Sicherheitsnetz und schlechte  
37 Planbarkeit bei Abschluss: Anders als klassische Förderprogramme wird der KfW-Studienkredit  
38 nicht durch staatliche Zinszuschüsse gestützt. Die gesamten Risiken des Kapitalmarkts (so-  
39 wie den Risikoaufschlag) tragen allein die Studierenden, während die Bundesregierung keine  
40 Schutzmechanismen anbietet. Diese fehlende Absicherung führt dazu, dass Studierende mit fi-  
41 nanziellen Belastungen konfrontiert sind, die oft weit über den eigentlichen Studienzeitraum  
42 hinausgehen. Durch die Bindung an volatile Referenzzinsen ist die finanzielle Belastung für die  
43 Studierenden bei Abschluss des Kredits schwer abschätzbar. 3. Langfristige Verschuldung: Die  
44 lange Rückzahlungsfrist von bis zu 25 Jahren und die variablen Zinsen führen dazu, dass Studie-  
45 rende über Jahrzehnte hinweg hohe finanzielle Verpflichtungen eingehen. In den letzten Jah-  
46 ren haben sich die monatlichen Zinszahlungen drastisch erhöht: Während diese 2018 noch bei  
47 durchschnittlich 32 Euro lagen, sind sie bis 2024 auf rund 80 Euro gestiegen. Dies verdeutlicht  
48 die zunehmende Belastung für Kreditnehmerinnen und -nehmer. 4. Eingeschränkte Alterna-  
49 tiven: Viele Studierende sind auf den KfW-Studienkredit angewiesen, da sie aufgrund eltern-  
50 abhängiger Berechnungen keinen oder einen zu geringen BAföG-Anspruch haben. Der Kredit  
51 bleibt oft eine der wenigen Optionen zur Studienfinanzierung, was das Risiko einer Schulden-  
52 falle erhöht.

53 Eckpunkte einer Reform: 1. Überprüfung des Zinsmodells: Es ist dringend notwendig, das Zins-  
54 modell des KfW-Studienkredits zu überarbeiten. Die Kopplung an den Kapitalmarkt führt zu  
55 unvorhersehbaren Risiken für Studierende. Ein festgelegter, niedrigerer Zinssatz, der nicht di-  
56 rekt an den 6-Monats-EURIBOR gekoppelt ist, wäre eine sinnvolle Maßnahme, um Studie-  
57 rende vor finanziellen Überraschungen zu schützen. Auch eine Transparenz hinsichtlich der  
58 Verwaltungs- und Risikomargen muss gewährleistet werden. 2. Einführung staatlicher Subven-  
59 tionen: Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für Studierende nachkommen und die  
60 Möglichkeiten prüfen, Maßnahmen zur Einwirkung auf die KfW als eigenständiges Finanzin-  
61 stitut, das aber zu 80% in Eigentum des Bundes und zu 20% in Eigentum der Länder steht, zu  
62 entwickeln. Staatliche Subventionen könnten helfen, die Zinsen auf ein tragbares Niveau zu  
63 senken und Studierende vor übermäßigen finanziellen Belastungen zu schützen. Ein staatli-  
64 ches Eingreifen ist notwendig, um soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. 3. Langfristige Visi-  
65 on: Sozial gerechte und elternunabhängige Studienfinanzierung: Über die Überprüfung des  
66 KfW-Studienkredits hinaus sollte die Bundesregierung eine langfristige, elternunabhängige  
67 Studienfinanzierung anstreben und Schritte hierfür prüfen. Ein solches System würde Chan-  
68 cengleichheit schaffen und sicherstellen, dass alle Studierenden, unabhängig von der finanzi-  
69 ellen Situation ihrer Eltern, Zugang zu Bildung haben. Einkommensabhängige Rückzahlungs-  
70 modelle oder zinsfreie Kredite könnten dabei eine Lösung sein.